

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

290 (26.6.1919) Abendausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.
Weitau größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Redaktion
Telef. Nr. 303.

Eigentum und Verlag von
Herrn E. Bierbaum.
Verantwortl. für den Inhalt: Dr. H. H. H. H.
Verlag: E. Bierbaum, Bad. Poststr. 10.
Telef. Nr. 10.

Verlag: E. Bierbaum, Bad. Poststr. 10.
Telef. Nr. 10.

Bei Abbestellung ist die Bezahlung im Voraus zu leisten.

Nr. 290. Karlsruhe, Donnerstag den 26. Juni 1919. 35. Jahrgang.

Warum Deutschland kapitulieren mußte.

Die erste Darstellung des französischen Großen Generalstabes.

Der Pariser „Excellior“ veröffentlicht die Darstellung des französischen Großen Generalstabes über die militärischen Vorgänge im November 1918. Die deutsche militärische Kritik wird erst auf dieses Dokument antwortet. Die französische Darstellung besagt im wesentlichen:

Wer hätte sich seit dem 11. November 1918 nicht schon oft gefragt, wie die Deutschen so plötzlich kapitulieren konnten nach so unglücklichen Anstrengungen und Erfolgen! Dokumente, die in den Händen der französischen Obersten Heeresleitung sind, vermindern dieses Problem zu lösen: Sie beweisen, daß das deutsche Heer am 11. November am Ende war, daß es am Vorabend der größten militärischen Niederlage stand, die die Geschichte kennt, und daß nur ein Waffenstillstand es retten konnte.

Zu der Zeit vom 15. Juli bis 11. November war die Zahl der deutschen Divisionen vor der Gewalt der alliierten Offensive von 210 auf 184 zurückgegangen; Verlust 23; die Reserve-Divisionen von 17 auf 17; Verlust 64. Dabei hatten sie infolge des Rückzuges eine Front von 700 Kilometer inne statt 950. Aber nicht nur die Zahl der Divisionen war zurückgegangen. Auch ihr Kampfwert war vermindert, ihr Effektivebestand, ihr Kampfesmut, ihre Moral und ihre Hilfsmittel.

An Infanterie kämpfte um mehr als die Hälfte vom Bestande des 15. Juli — 40 Prozent der Bataillone waren von vier auf drei Kompanien zurückgegangen. Von 207 Divisionen, die 1918 im Westen lagen, hatten 196 im Feuer gelegen zwischen 21. März und 10. November. Die übrigen waren kampfunfähig. Mehrere Divisionen waren drei- und viermal vorgetrieben worden. Von 40 Divisionen hatten in dieser Zeit 35 zwischen 1000 und 2000, und 23 Divisionen 2000 bis 3000 Gefangene verloren, was einem Gesamtverlust von 100 000 Gefangenen entspricht. Endlich wurden die Ruhepausen länger und kürzer: 60 Prozent der Divisionen lagen im Graben, September und Oktober über, 40 Prozent haben an 20 bis 30 aufeinanderfolgenden Tagen gekämpft.

Am 10. November waren alle Kampftruppen im Feuer oder waren heraus, alle hatten schwere Märsche hinter sich. Es blieb keine Reserve mehr übrig. Weder im Hinterland, noch in der Etappe; der Mangel an Disziplin war allgemein. Unter solchen Umständen die Schlacht verlängern, hieß das Niveau noch mehr drücken. Und dann glaubte der deutsche Soldat mit der steigenden Gegenoffensive der Alliierten nicht mehr an seinen Stern. Er war entmutigt, er glaubte nicht mehr an seine Führer. Er wünschte nicht mehr zu siegen — nur Frieden wollte er. Der deutsche Soldat hatte alles gegeben, aber man hatte alles von ihm verlangt. Er war am Ende seiner Kraft, seine Führer wußten es nur allzu gut.

Neben Schwäche und Entmutigung herrschten noch andere Gründe: Im Winter 1917/18 waren die deutschen Heere zur Frühjahrsoffensive mit Munition reichlich versehen. Aber schon im Juli 1918 hatten sie einen Großteil ihres Materials verloren, ohne die Möglichkeit, es wieder ersetzen zu können.

Gezwungen, seine Artillerie zu verschwendungsvoll zu verwenden, hatte das Oberkommando die Reserven und Arsenalvorräte erschöpft und dabei blieb die Produktion in den Fabriken unter dem Tagesbedarf. Kurz — von Juli bis November hatte das deutsche Heer an Artillerie 700 Stück verloren.

Die Munitionskrise verschärfte sich gleicherweise. In den gemeinsamen deutschen Fronten herrschte äußerste Sparsamkeit, vor allem mit Granaten. 25 Prozent der Maschinengewehre waren vernichtet. Denselben Eindruck der Zerrüttung machte das Flugwesen, die Transportmittel, sei es nun Eisenbahn oder Autos, die Ausrüstung, Verpflegung.

Dieser, in allem verfahrenen Situation, war sich die deutsche Heeresleitung vollkommen bewußt. Und während die Stärke Deutschlands zerfiel, sah sie die der Alliierten von Tag zu Tag wachsen — und dem Bestand Amerikas.

Hätte sie trotzdem durch Mandöver versuchen dürfen, diese vielen Unterlegenheiten wegzumachen? Nein! Denn nach dreieinhalb Monaten ununterbrochener Niederlagen hatte sie die Freiheit des Handlung verloren. Sie hätte ihre Reserven derart erschöpft, daß sie unmöglich aufzufüllen waren. Der Nachschub an die Front war fast unmöglich, die Evacuation Belgiens verlangte eine große Zahl von Automobilen.

Die innere Lage Deutschlands zeigte zur Hälfte wachsende Angst, zur anderen Fatalismus, je nach Charakter, Lage und Stand. Niemand glaubte mehr an Sieg. Alle hatten den Glauben verloren und in dem furchtbaren Untergang sah man nur noch eine Hoffnung leuchten: den Frieden, den Frieden um jeden Preis!

Die deutsche Heeresleitung wußte all das sehr wohl, und daß sie nur nachzugeben brauche, um die drohende, unabwendbare Katastrophe abzuwenden. Sie wußte, als es fast schon zu spät war.

Die Oberste Heeresleitung und die Friedensfrage.

Berlin, 25. Juni. Von der Obersten Heeresleitung wird heute mitgeteilt:

In der Nacht vom 22. auf 23. Juni, um 1 Uhr, teilte Generaloberst von Hindenburg dem Reichspräsidenten dem ersten Generalquartiermeister telefonisch mit, daß die Entente unsern Vorhaben zurückerzogen habe. Die D. S. L. werde um Stellungnahme zu der nunmehr geschaffenen Lage gebeten. 2 1/2 Uhr vorm. folgte die Stellungnahme, vom Generalfeldmarschall unterschrieben, an die Reichsregierung abzugeben: „Reichspräsident Herr Weimar. Am 20. Juni ist dem Herrn Reichswehrminister folgende Erklärung überhandt worden: „Großes

Hauptquartier, 17. Juni. Wir sind bei der Wiederannahme der Feindstellungen militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner, angesichts der numerischen Ueberlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, unsere beiden Flügel zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der gesamten Operationen ist daher sehr fraglich. Aber ich muß als Soldat einen ehrlichen Untergang eines schmachvollen Friedens vorsehen. (Geg.) v. Hindenburg.“

„Auch ist bei einer Besprechung in Weimar am 19. von allen anwesenden Kommandobehörden dem Reichswehrminister gegenüber zum Ausdruck gebracht worden, daß eine große Anzahl von Offizieren und freiwilligen Truppen einer Regierung den Dienst aussagen würde, die die Schmachparagrafen annimmt. Bei dieser Kundgebung waren zugegen: der preussische Kriegsminister, die D. S. L., die Oberkommandierenden Nord und Süd, die Armeegruppe Below, das Generalquartier Lüttich, die obersten Militärbehörden von Bayern und Sachsen und der Chef der Admiralität. An dieser Stellungnahme der D. S. L. hat sich seitdem nichts geändert. (Geg.) v. Hindenburg.“

Am 23. berichtete gegen 10.30 vormitt. der Verbindungsoffizier der D. S. L., Major v. Feldmann, aus Weimar folgendes: 1. Der Reichswehrminister ist nach Weimar zurückgekehrt. 2. Beim Reichspräsidenten Erklärung von heute Nacht wiederholt, daß die D. S. L. auf ihrem Standpunkt bestehen bleibt. Der Reichspräsident sagte darauf, daß er diese Erklärung erwartet habe, und schied die Lage so, daß ein Teil des Zentrums und der Sozialdemokratie die Annahme des Friedens erklären würden. Major v. Gilla erläuterte die militärische Lage dahin, daß die Truppen jedenfalls in ihrer großen Masse sich der Haltung der Regierung anschließen könnten und daß General v. Lüttich die Stellungnahme der D. S. L. teile. Der Osten würde wohl sicher den Kampf aufnehmen.

3. General v. Lüttich habe vorher dem Reichswehrminister telefonisch mitgeteilt, daß er und seine Offiziere noch nicht darüber schlüssig seien, ob im Augenblick es angezeigt sei, den Abschied zu nehmen; denn es bestünde die Gefahr, daß die führerlosen Truppen bolschewistisch würden. Es sei aber mit Sicherheit zu erwarten, daß die Masse der guten Truppen im Falle der Annahme gegen die Regierung Stellung nehmen würde. General v. Lüttich würde es sehr bedauern, wenn sich diese Stellungnahme auch gegen den Minister Roste richten müßte.

Kurz vor 12 Uhr mittags telephonierte der Reichspräsident dem ersten Generalquartiermeister persönlich an und teilte ihm in ähnlichen Worten mit, daß Zentrum und Sozialdemokratie sich wahrscheinlich für die Annahme erklären würden. Er bitte nochmals um Auskunft, welche Stellung die Truppen hierzu einnehmen würden. Man befürchte nach der Mitteilung des Generals v. Lüttich an den Reichswehrminister, Militärkollekt.

Auf diese Frage erfolgte um 12 Uhr mittags die nachstehende Antwort des ersten Generalquartiermeisters, nicht in seiner dienstlichen Eigenschaft, sondern, wie er ausdrücklich erklärte, als Deutscher, der die Gesamtheit überlebe. Er sei verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß bei einem Kampf nach vorübergehenden Erfolgen im Osten ein Gedeihen ausgefallen sei und daß nun Herr Roste in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegen und von jedem Offizier und Soldaten verlangen würde, daß er, auch bei Unterzeichnung des Friedens, im Interesse der Rettung des Vaterland es auf seinem Posten bleiben und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterland tun müsse. Aussicht bestünde, daß das Militär sich hinter ihn (Roste) stelle und damit jede neue Umwälzung im Innern, sowie Kämpfe nach außen, im Übermaß verhindern würde. Weitere Schritte der D. S. L. sind in der Friedensfrage nicht getan worden.

Vor dem Frieden.

Zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Paris, 25. Juni. Agence Havas. Wie der „Temps“ meldet, beschloß der Vizepräsident am Mittwoch morgen die deutsche Regierung aufzufordern, binnen 12. Ueber Nacht mit weitgehenden Vollmachten verordnete Delegierte zur Unterzeichnung des Vertrages nach Versailles zu entsenden.

Berlin, 26. Juni. Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell haben sich auf einmütiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, als Bevollmächtigte in Versailles den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie haben geglaubt, unter dem furchtbaren Druck der Volkstote und dem unbedingten Bedürfnis, endlich zum Frieden zu kommen, sich dieses letzten und persönlich schwersten Opfers nicht entziehen zu können.

Verlangte Zerstörung des Niederwald-Denkmales.

Paris, 26. Juni. Agence Havas. Mehrere Deputierte haben in der Kammer eine Resolution eingebracht, in der sofort erlucht wird, die möglichst rasche Zerstörung des auf den Höhen des Niederwaldes erstellten Denkmals zu fordern. Es sollte dies eine Zühigung Deutschlands für die Verstärkung der Flotte und für das Verbrennen der französischen Bahnen sein.

Die Ablösung der deutschen Gebiete im Osten.

Rotterdam, 26. Juni. (Privattele.) „Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Ablösung der von Polen zugesprochenen deutschen Gebiete soll bis 15. August und die Volksabstimmung in Oberösterreich und Westpreußen bis 1. Oktober durchgeführt sein. Erst dann ist nach der allgemeinen Erklärung der alliierten Bevollmächtigten auf der Konferenz die Demobilisierung beschlußreif.

Die Friedenskommission der französischen Kammer.

Paris, 26. Juni. Die parlamentarische Kammergruppe bestimmte gestern nachmittags ihre Kandidaten für die Friedenskommission. Die etwa 60 Mitglieder zählen wird. Die Kommission besteht auf weitgehenden Entscheidungen und wird verlangen, Deutschland nicht vor dem Tage in den Weltkrieg und aufzunehmen, an dem es nicht volle Garantien leisten kann, daß es den Frieden nicht mehr stören werde. Die größere Mehrheit der Friedenskommission wird der Ratifizierung des Vertrages zustimmen.

Die Geschehnisse im Reich.

Die Haltung der Unteroffiziere.

Berlin, 26. Juni. Vertreter des Reichsverbandes deutscher Unteroffiziere wurden gestern von dem Wehrminister empfangen. In der Unterredung kam zum Ausdruck, daß die Unteroffiziere unter Berücksichtigung ihrer Person gewillt sind, ihren Dienst weiter zu versehen und den Befehlen der Regierung unbedingt Folge zu leisten in der klaren Erkenntnis, daß dies in den gegenwärtig äußerst schweren Tagen im Interesse des Reiches notwendig ist.

Der neue Münchener Oberbürgermeister.

München, 26. Juni. (Privattele.) Bei der heutigen Wahl des ersten Bürgermeisters von München wurde der Stadtrat Eduard Schmidt (Mehrheitssozialist) mit 25 von 49 gültigen Stimmen von den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gewählt, die 16 bzw. 10 Sitze unter den 50 Stadträten haben. 17 Stimmen fielen auf den Bürgerkandidaten des Zentrums, der Allliberalen und Konservativen, Kultusminister a. D. Dr. von Knilling, 7 Stimmen auf den demokratischen Kandidaten, den rechtskundigen Magistratsrat Dr. Konrad. Die Wahl des zweiten Bürgermeisters erfolgt erst später.

Zur Lösung des Inoschneinischen Gebietes.

Amsterdam, 26. Juni. Der Korrespondent des „Algemeen Handelsblad“ in den Rheinlanden schreibt aus Köln: Er erfahre aus Kreisen, die von den Plänen der Entente vollständig unterrichtet seien, daß die Franzosen sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine große Propaganda zugunsten der Losrennung des Inoschneinischen Gebietes von Preußen veranstalten wollen in der Absicht, einen selbständigen Staat zu errichten. Die Engländer werden nach Information des Korrespondenten nichts dagegen unternehmen. In den Bestimmungen über die Besetzung der Rheinlande, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden sollen, ist alles vorbereitet, was dem Plane der Franzosen förderlich sein kann. Es ist nicht beabsichtigt, auch rechtsrheinisches Gebiet diesem Zukunftsstaate anzuschließen. Das Lokmittel, womit man die Bevölkerung gewinnen will, besteht in Vorarbeiten bei der Lebensmittelversorgung und in anderer Zugeständnissen wirtschaftlicher und politischer Natur. Das Inoschneinische Afer wird so vermarktet werden, daß das Inoschneinische Gebiet Preußen außer in einigen unbedeutenden normalen Fragen vollständig ausgeschaltet wird. Frankreich hoffe auf diese Weise die Bevölkerung für die Losrennung der Provinz vom Reiche zu gewinnen.

Der Umsturz in Hamburg.

Hamburg, 26. Juni. Die Exekutive des großen Arbeiterrates erließ gestern abend eine Erklärung, in der sie u. a. bedauert, daß die verantwortliche Behörde es an der gebotenen Tatkraft habe fehlen lassen und nicht durch fortgesetzte Maßnahmen verhindert habe, daß der durch fortgesetzte Schiebung und gleichzeitig ausgebreiteten Scheitern, sowie durch die fortgesetzten Preissteigerungen hervorgerufene berechtigten Willen der Bevölkerung stets neue Nahrung erhielt. Sie bedauert, daß die Behörden dem gemeingefährlichen, gesundheitsgefährlichen Treiben der Nahrungsmittelkäufer nicht mit aller Rücksichtslosigkeit entgegengetreten sind und erwartet, daß diejenigen Beamten, die trotz erfolgter Anzeige nicht die nötigen Schritte zur Abhilfe getan haben, zur Verantwortung gezogen werden. Sie spricht ferner die Erwartung aus, daß Schutzmannschaft und Volkswehr in diesen unruhigen Tagen der durch die Vorfälle hervorgerufenen Empörung der Bevölkerung Rechnung tragen und durch festes und besonnenes Auftreten zur Beruhigung und Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit beitragen, aber nicht durch unnötige Anwendung von Schusswaffen die Unruhe und Empörung verheeren. Von der Bevölkerung wird erwartet, daß sie Selbstschutz und Besonnenheit übt, daß sie die Aufrechterhaltung der Ordnung, sowie die Sicherheit des Eigentums nachdrücklich unterstützt.

Sch. Hamburg, 26. Juni. (Privattele.) In Hamburg ist bei der gestern abend stattgefundenen Kommunistenversammlung die Ausrufung der Räterepublik beschloffen worden.

Sch. Berlin, 26. Juni. (Privattele.) Aus Hamburg wird gemeldet: In einer heute früh stattgefundenen Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte wurde eine Entschließung angenommen, nach der die Kommandantur von Groß-Hamburg sich verpflichtet, keine Truppen von auswärts in die Stadt hineinzulassen. Die Bahnenfelder Truppen, die sich noch in der Stadt befinden, müssen sich nach Bahnhöfen zurückziehen, wenn es der Volkswehr gelingt, die Ruhe in Hamburg wieder herzustellen, so daß Blinierungen und Ausschreitungen vermieden werden und jeder seiner Arbeit nachgehen kann. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß alle Personen, die unerlaubt Waffen tragen, diese abzugeben haben.

Aus der ungarischen Sowjetrepublik.

Zur Lage.

Wien, 25. Juni. Bei der Neuwahl der ungarischen Räteregierung wurden 1. Kapit. Bg. die führenden sozialistischen Volkskommissare nicht mehr gewählt. An ihre Stelle traten Mitglieder der kommunistischen Partei. Das neue Kollegium der ungarischen Räterepublik zeigt eine sehr starke Verschiebung nach der kommunistischen Seite hin. Der neue Präsident des Regierungsrates, Dobcsal, war in der russischen Gefangenenschaft als kommunistischer Agitator tätig. Man führt das Nachgeben Bela Kuns gegenüber der Entente nach den hier vorliegenden Meldungen aus Ungarn auf die sehr mißlich gewordene innere Lage der Sowjetregierung zurück. Sie hatte stark mit der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland, mit dem Einmarsch der Entente selbst, mit dem Ausbruch der Revolution und mit dem Ueberreifen

derselben auf Deutsch-Oesterreich gerechnet und steht nun vor einer vollständig geänderten Lage.

Im Budapest magt sich die Gegenbewegung jetzt wieder klarer hervor.

Das Sowjethaus in Budapest ist in den jüngsten Tagen von den unzufriedenen Eisen- und Metallarbeitern regelrecht belagert worden, und in dem Geseht, das sich beide Teile lieferten, gab es Tote und Verwundete. Wie weit die antisemitische Vorurteilung gediehen ist, beweisen nicht nur die Reden aus dem Landeskongress der ungarischen Räte, sondern viel mehr noch die Tatsache, daß das strengste Standrecht in Budapest verhängt werden mußte.

Veränderungen in der ungarischen Räteregierung.

Budapest, 26. Juni. Das „Neue Wiener Tagebl.“ erfährt aus Budapest von besonderer Seite zu den Veränderungen in der Räteregierung:

Im Laufe des Rätekongresses erklärte der sozialistische Führer, daß ein gründlicher Regimewechsel unvermeidlich sei. Kuna, der seinerzeit Graf Karolyi veranlaßt hatte, den Kommunisten freiwillig die Macht zu übergeben, erklärte in einer vertraulichen Sitzung, falls Deutschland den Frieden unterzeichne, sei es ausichtslos, daß der Bolschewismus dort hin verpflanzt werde.

Der Volksbeauftragte für Ernährungswesen trat zurück, da er die Verantwortung für die Ernährungs- politik der Räteregierung, die vor dem Bankrott steht, nicht weiter übernehmen könne. Der Volksbeauftragte für das Finanzwesen legte sein Amt nieder, weil er nicht länger ruhig zusehen könne, wie Staatsgelder unterschlagen und zu Agitationszwecken verwendet würden.

Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Ungarn und Tschechoslowaken.

Prag, 26. Juni. Auf Grund des Telegrammwechsels zwischen General Beneš und dem ungarischen Volksbeauftragten Böhm wurden die Feindseligkeiten an der slowakischen Front am 24. Juni um 5 Uhr eingestellt.

Aus Italien.

Programmnote des italienischen Kabinetts.

Rom, 26. Juni. (Agenzia Stefani.) Im Senat, der die Budgetvorläufe mit 207 gegen 7 Stimmen genehmigte, stellte Ministerpräsident Nitti das neue Kabinett vor, worauf der Minister des Äußeren Tittoni einen Überblick über den Stand der Friedensfrage gab. Die österreichisch-italienische Grenze sei gemäß den Wünschen Italiens festgelegt, die Androhung aber noch schwebend. Die Italien in Afrika gebotenen Kompensationen seien zufriedenstellend. Die auswärtige Politik werde künftig eine Politik der Völker sein ohne Geheimverträge. Von den Alliierten werde er die Befreiung der vollen Wortlautes des Londoner Vertrages verlangen. Sein Programm und das der Delegation sei in den Worten enthalten: „Italiener immer Italiener!“ und vor allem „Italien!“

Mitte der Presse als Hauptpunkte seiner Politik an: Sofortige Demobilisation, Wahlreform, Aufhebung der Zensur, Verbesserung der Verfassung, Steuer- und Finanzreform.

Tittoni, Scialoja, Maggiorani und Ferrarri trafen gestern Abend als Mitglieder der neuen italienischen Friedensabordnung nach Paris.

China und Japan.

Neue Kämpfe zwischen Chinesen und Japanern.

Amsterdam, 26. Juni. Nach einer Central News-Meldung aus London wird das Kriegsamt mit, daß es am 9. Juni anlässlich von Überfällen chinesischer Kreuzer und Japaner zu Unzügen kam. Es wurde beträchtlicher Schaden angerichtet. Der Belagerungsstand wurde verhängt. Der Kreuzer „Sichon“ hat Truppen gelandet um die Ordnung wieder herzustellen. Am 21. Juni gab es neue Unruhen. 3 Chinesen und ein Japaner wurden getötet, mehrere Verwunden leicht verletzt.

Basel, 28. Juni. (Privattele.) „Agence Centrale“ meldet aus Tokio: Die Japaner beschloßen, eine Flotten- demonstration vor den chinesischen Küsten- städten zu veranstalten; es erscheint fraglich, ob die Japaner mit der Androhung bewaffneter Intervention ihren Zweck erreichen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 26. Juni. Die Tagung des bad. Verbandes gemeinnütziger Baubereinigungen, die hier stattfand, befaßte sich in der Hauptsache mit dem von Regierungsrat Dr. Kampffmeyer ausgearbeiteten Entwurf eines Heimstätten- gesetzes und sprach sich dahin aus, daß dieses Heimstätten- gesetz die Grundlagen zur Beseitigung der Wohnungsnot und zur Wohnungsreform darbreite. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Zahl der gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Ende 1918 45 betrug, in den letzten fünf Monaten auf 81 angewachsen ist. Von der Regierung wurde gefordert, daß weitere Mittel zur Gewährung

von Baukostenzuschüssen bereit gestellt werden, bis das Heimstätten- gesetz in Wirksamkeit getreten ist.

Mannheim, 25. Juni. Wie die M. R. A. aus guter Quelle erfahren haben will, hat die französische Besatzungsbehörde zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung Mannheims 2000 Zentner Speck, 300 Zentner Salzfleisch und sämtliche erübrigten Kartoffelvorräte zur Verfügung gestellt. Diese Nahrungsmittel sollen am Montag durch Vermittlung der Stadtverwaltung Ludwigschafen, der Stadt Mannheim zugeführt werden.

Mannheim, 25. Juni. Der Ausschuß des Kommunalverbandes Mannheim-Land hat infolge der Erhöhung der Kohlenpreise und der Gehilfenlöhne eine abermalige Erhöhung des Brotpreises und zwar auf 82 Pfennig für den großen und 41 Pfg. auf den kleinen Laib vornehmen müssen.

Mannheim, 25. Juni. Die Mannheimer Händler haben in Verbindung mit den Heidelberger Händlern ein Abkommen getroffen, wonach die Preise für Obst und Gemüse wesentlich herab- gesetzt werden sollen. Diese Abmachung könne aber nur durchgeführt werden, wenn die außerbadischen Händler vom Einkauf in Baden aus- geschlossen werden.

Offenburg, 26. Juni. Eine hier abgehaltene Ausschüß- ung des bad. Waldbesitzerverbandes befaßte sich u. a. auch mit der Sozialisierung der Waldungen. In einem an die Regierung gerichteten Antrag wurde festgestellt, daß die Bewirt- schaftung des privaten Großwaldbesitzes hinter den Forstbetrieben des Staates und der Gemeinden nicht zurücksteht. Der Verband sprach sich gegen eine Ueberführung des privaten Großwaldes in den Staatsbe- trieb aus, ebenso auch gegen die Enteignung des kleineren, überwie- gend bäuerlichen Privatwaldbesitzes.

Konstanz, 26. Juni. Bei einer Hausdurchsicht im hiesigen „Inselhotel“ wurden über 700 Pfund Fleisch, Schinken und Speck, fast vier Zentner Kaffee, 470 Pfund Weizenmehl, 2500 Eier, sodann Butter, Käse usw. in großen Mengen beschlagnahmt. Es zeigt sich, weshalb große Mengen von Lebensmitteln durch Schieber und Schleichhändler in die Hotels gelangen.

Aus dem fünften Nachtrag zum Staatsvoranschlag.

Karlsruhe, 26. Juni. Der V. Nachtrag zum Staats- voranschlag für die Jahre 1918/19 enthält auch sehr erhebliche Forderungen der bad. Staatseisenbahnen. So werden als 1. Teilforderung 2 Millionen Mark für Baukostenzuschüsse zu Wohnungsbauten verlangt und 100 000 M. für den Neubau einer Kantine im Karlsruher Personenbahnhof. Die Einrichtung der staatl. Kraftwagenlinien wird weit umfangreicher sein als das zu- erst angenommen wurde. In dem 3. Nachtrag zum Staatsvor- anschlag war für 20 Kraftwagenlinien der Betrag von 1 Million Mark eingekalkuliert. Die Verkehrsverwaltung beabsichtigt nun sechs weitere Kraftwagenlinien einzurichten und benötigt dazu die Summe von 600 000 M. Weiterhin müssen für die Ar- beiterbeförderung auf den Straßen Bretten-Bauschlott-Forzheim und Rot-Walsh-St. Leon-Hodenheim mehrere Kraftwagen an- geschafft werden. Für diese vier für die zu erstellende Wagenhalle werden 555 000 M. nötig.

Karlsruhe, 26. Juni. Der neue Nachtrag zum Staats- voranschlag enthält eine Reihe Anforderungen für Beihilfen des Staates zu Gemeindeunternehmungen. So werden u. a. 400 000 Mark verlangt als Staatsunterstützung für die Kreisstraßen und Gemeinde- wege, eine halbe Million wird angefordert für Beihilfen an Gemein- den und Genossenschaften zur Ausführung von Entwässerungsanlagen und Kulturunternehmungen. Zur Förderung des Kleinwoh- nungsbauers will der Staat Beiträge von insgesamt 1 Million Mark leisten. Zur Gewährung von Baukostenzuschüssen sind 4,3 Mil- lionen in den Nachtrag eingelegt. Sodann findet sich im Nachtrag noch der Betrag von 255 000 Mark zur Befreiung von Ausgaben für die Ueberleitung der Staatsverwaltung in die neuen Regierungsver- hältnisse.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 26. Juni.

Die Zufuhr von Rizinen, Ananas, Stachelbeeren usw. nimmt jetzt wieder langsam zu. Die hiesigen Obst- und Gemüsehändler lassen die Ware von dem Erzeuger oder Großhändler einfach an sich abrefie- ren. Die eingerichteten Volksweh-Patrouillen und -Wachen bleiben vorerst noch bestehen, damit keine Verfehlungen gegen die getroffenen Vorkehrungen eintreten. Während so die Zufuhr von Obst eine beschrän- kende ist, bleiben die Bahnsendungen von Gemüse noch aus, so daß die Stadt Karlsruhe vorerst auf die Versorgung von den nächst- gelegenen Orten Durlach, Luc, Weisloch und Teutschneureut, Eggersheim usw. angewiesen ist, welche Gemeinden bekanntlich einen ausgeübten und weithin bekannten Gemüsebau betreiben.

!! Vergebung von Notstandsaufträgen durch die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen. Wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, vergibt die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen an notleidende Betriebe 3. Zt. Aufträge auf Loko- motivteile für 23 Lokomotiven als Notstandsarbeiten. Näheres kann

auf der Geschäftsstelle der Handelskammer, Kaiserstr. 201, in Erfah- rung gebracht werden.

Nicht Selbstmord sondern Unfall. Zu der gestrigen Mitteilung des Polizeiberichts, wonach ein Glasäher sich im Diakonissenhaus aus dem Fenster gestürzt haben sollte und an den Folgen dieses Sturzes starb, werden wir erlauth, nachzutragen, daß es sich nicht um einen Selbstmord, sondern um einen Unfall handelte. Der Unfall sei auf Geisteschwäche des Betroffenen, der von Beruf Kaufmann war, zu- rückzuführen.

Endliche Schleichhändler. Anlässlich einer Durchsicht einer Wohnung wurden bei einem Kaufmann in der Oststadt etwas über 4000 Zigarren, die für den Schleichhandel bestimmt waren, und bei dessen Arbeiter, einem Bankbeamten, Heeresguts (Belgische) und Gewehrpatronen) vorgefunden und beschlagnahmt.

Diözesanynode Karlsruhe-Stadt.

Karlsruhe, 26. Juni. Gestern nachmittag wurde in der Kleinen Kirche die Jahresstagna des Kirchenbezirks Karlsru- che - Stadt abgehalten. Sie wurde von dem Stellvertreter des Dekans, Herrn Stadtpfarrer Werner Bruchsal, geleitet. Seine Eröffnungsansprache legte er das Wort 1. Cor. 3. 11, „Einen anderen Grund kann niemand legen, außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus“. Er gedachte zweier Männer, die auf der vorjährigen Synode tätig waren und im Laufe des Jahres aus dem Leben geschieden sind, des Dekans Ebert - Wülshorn und des Synodikers Schuler - Karlsruhe. Dann führte er näher aus, wie wir jetzt nach dem schreck- lichen Kriegsausgang nicht nur ein Trümmersfeld von uns sehen dürfen, sondern vielmehr einen Bauplatz sehen müssen, auf dem das Zerbro- chene wieder aufgebaut werden muß, vor allem ist die Kirche, die Hü- tertin der Seelenkräfte, zur Arbeit gerufen. Sie selber bedarf der Er- neuerung. Die Formen können den Geist nicht kassieren, aber fallen. Auf den Grund kommt es vor allem an.

Tarnad berichtigte der Vorsitzende über die Ausführung der nachst- rigen Beschlüsse und leitete einiges aus dem Bescheide des Oberkirchen- rats zu den Synoden des Vorjahres mit. Darauf folgte der Diözesan- bericht der Bericht über die Diözesanrechnung, erstattet durch Herrn Oberlehrer Schumacher - Karlsruhe, Herr Oberrechnungs- rat Pfister teilte den Voranschlag mit. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete ein Vortrag von Herrn Stadtpfarrer Werner Bruchsal über „Die Stellung der Frau im kirch- lichen Leben“. Auf die Befreiung des Vertrages folgten zwei Sitzungen der Wahlen. Als Nachfolger des verstorbenen Dekans wurde mit 23 von 25 Stimmen Herr Stadtpfarrer Kapp gewählt. Die übrigen neuen Ausschüßmitglieder wurden durch Zufall wiedergewählt, nämlich Herr Stadtpfarrer Werner und Kirchenregimentar Schleicher, ersterer auch als Stellvertreter des Dekans. Gegen 17 Uhr wurde die Synode nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Heiratgebote. 24. Juni: Ferdinand Lorenz von Schönmünster, Elektroniker hier, mit Luise Stielisch von Halle a. S.; Hermann Krämer von Freiburg, Schlosser hier, mit Emma Wenzel von Bas- sel; Rudolf Woll von Schopfheim, Bahnarbeiter hier, mit Maria Mad von Spitz; Wilhelm Heßfeld von Hanau a. M., Kaufmann in Nürnberg, mit Elise Dornbach von hier; Max Müller von hier, Metz- macher hier, mit Maria Kademacher von Mosen; Heinz Weiler von Breda von hier, Kaufmann hier, mit Karoline Schneider von hier; Konrad Bauer von Rutenbach, Stationsvorstand in Reichenau, Marie Salentich von Bismarck; Hermann Bicksteger von Bismarck, Schlosser hier, mit Maria Fischer von Babel. Heiratgebühren. 24. Juni: Heinrich Bender von Wolfenbü- tel, Landwirt hier, mit Maria Durr von hier; Albert Drogel von Wolfen- bütel, Landwirt hier, mit Maria Drogel von Wolfenbütel; Viktor von Erbsen, Landwirt in Bruchsal, mit Frieda Fischer von hier; Frieda Reale von hier, Gelehrer hier, mit Elise Zaidig von Wittenbach; Gustav Döbel von hier, Ref.-Gelehrer hier, mit Marie Stal- der von hier; Jakob Rantander von Wolfers- mühlen, Landwirt hier, mit Frieda Dauter von hier; Wilhelm von Bismarck, Landwirt hier, mit Maria Dauter von hier; Wilhelm von Bismarck, Landwirt hier, mit Maria Dauter von hier. Geburten. 24. Juni: Robert Adolf Schar, Vater Max Schfer, Sohn; Erich Werner, R. Ferd. Grooth, Händler. 25. Juni: Salomea, R. Friedr. Schilpp, Schuhmacher; Julius Stefan, R. Friedr. Schilpp, Vermessungs-Ingenieur; Maria Hildegard, R. Fritz W. Hil- degard, Arbeiter. 26. Juni: Ernst, R. Leonhard Häger, Wirtsch.-Hilf. 23. Juni: Georg, Matthias, R. Heinrich Döbel, Korner. Todesfälle. 23. Juni: Max, alt 72 Jahre, Vater Franz Döbel, Schlosser. 24. Juni: Otto, alt 72 Jahre, Vater Franz Döbel, Schlosser. 25. Juni: Marie Kolbeis, alt 28 Jahre, Ehefrau von Franz Kolbeis, Arbeitermacher.

Stat Karten. Georg Beer, Gertrud Beer, geb. Köppen, Vermählte, Klauerechtr. 9. Karlsruhe. In großer Freude zeigen wir die Geburt eines prächtigen Jungen an. Oberleutnant Karl Schuchardt u. Frau Gertrud, geb. Schmidt. Freiburg, den 25. Juni 1919. Burgunderstr. 1.

Turnen, Spiel und Sport.

Der Badische Landestag für Körperpflege und Jugend- erziehung“ veranstaltet, wie bereits aus dem Anzeigenteil ersichtlich ist, neben seinen Beratungen im Ständehaus, welche der endgiltigen Gründung dienen, vor allem große turnerische und sportliche Vorführungen aus allen Gebieten der Leibesübungen. Um- fangreiche Vorführungen sind getroffen, um selbst große Zuschau- mengen angenehm unterbringen zu können. Das Hockey-Länders- spiel Bayern gegen Baden am Samstag Abend 6 Uhr wird das Beste auf diesem Sportgebiet zeigen, was bisher in Baden ge- sehen wurde. Die wasserportifischen Veranstaltungen bringen in schöner Abwechslung alle Vorteile des Ruders- und Schwimmports am Sonntag morgen zur Geltung. Besonders ver- weisen wir auf die turnerischen Veranstaltungen am Sonntag nachmittag 3 Uhr auf dem R.-F.-Platz. Die besten Karlsruher Turner werden Barrenturnen und Tischspringen vorfüh- ren und die besten Mannschaften ein Faustball- und Schlagballspiel zeigen. In Abwechslung damit bieten die Leichtathleten Läufe, Staf- feln, Kugelstoßen und Weisprung. Den Beschluß des Ganzen bildet das Städte-Fußball-Spiel Basel-Karlsruhe. Mehrere die ganzen Veranstaltungen belegen die Anzeigen und die Pla- cate näheres, besonders verweisen wir auf die ausführlichen Pro- gramme, die in den Vorverkaufsstellen ersichtlich sind. Sie bringen auch die einzelnen Kräfte und Mannschaften. Während aller Ver- anstaltungen spielt die Grenadierkapelle unter Leitung von Ober- musikdirektor Bernhagen. Samstag Abend ist im Stadtgarten ge- mütliches Beisammensein mit Konzert, während Sonntag Abend zum Abschluß ein Festanklett im „Kühlen Krug“ stattfindet, mit dem eine kleine Tanzunterhaltung verbunden sein wird.

X Luzerner Regatta. Die Meldungen für die Sonntag den 29. Juni stattfindende Luzerner Regatta sind sehr gut ausgefallen. Von 20 Vereinen wurden 77 Boote gemeldet. Der Große Einer ist international besetzt. Es haben hierzu gemeldet: Schönlins-Biel, Probst-Basel, Sopp-Zürich, Schneider-Thun, Richard-Rowing Club Paris, Ulrich-Luzern und Bremerdorf-Mainzer Ruderverein. Richard ist ein bekannter Pariser Ruderer, der auch schon in Paris-

Frankfurter Acher-Rudern gestartet hat. (Sollten die Rennungen ausreicht erhalten bleiben, so würden zum ersten Male seit dem Kriege ein Franzose und ein Deutscher sich im sportlichen Wettkampfe gegen- über stehen.)

Vermischtes.

Die Verjüngung der deutschen Flotte.

Paris, 25. Juni. Nach einer Mitteilung der britischen Admiralität wird der Zustand der deutschen Schiffe in der Scapa-Bucht untersucht. In erster Linie wurden folgende Schiffe untersucht: Der Kreuzer „Baden“ ist etwa 3 Fuß tiefer unter die Wasserlinie gesunken. Er kann vielleicht trocken gelegt werden. Die Hauptmaschine ist nicht beschädigt. Das Schiff „Emden“ hat nur leichte Havarien erlitten. Die „Mürberg“ liegt stark gegen die Längsseite. Allem Anschein nach ist sie wenig beschädigt. Falls die Arbeiten der Marinefachverständigen nicht gelingen, hat man wenig Hoffnung, den Rest der versenkten Schiffe heben zu können.

Zum Berliner Eisenbahnerstreik.

Sch. Berlin, 26. Juni. (Privattele.) Der Eisenbahner- streik dauert unverändert an. Auf Veranlassung der Eisenbahnverwaltung sind sämtliche Berliner Fernbahn- höfe militärisch besetzt worden. Der Zugverkehr am Schleisichen Bahnhof ist insofern beschränkt, als die Züge nach Breslau nur bis Sommerfeld verkehren. Nach Grünau ver- kehren die Züge nur noch vom Schleisichen Bahnhof, nicht mehr vom Görlitzer. Heute vormittag beginnen im Ministerium die Verhandlungen, an denen neben den Vertretern der großen gewerkschaftlichen Verbände auch ein Ausschüß der preussischen Landesversammlung teilnehmen soll.

Eisenbahnerstreik in Görlitz.

WTB. Görlitz, 26. Juni. In einer gestern nachmittag in der Stadthalle abgehaltenen Eisenbahner-Versammlung von Görlitz und Umgebung wurde einstimmig beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Der Verkehr auf den preussischen Bahnen ist daher eingestellt. Die Gründe für den Streik sind in der Hauptsache die gleichen wie in Breslau.

Lebensmittel-Plünderungen.

Ausführungen in Frankfurt a. d. Ober.

WTB. Frankfurt a. d. O., 26. Juni. Nachdem bereits in den gestrigen Morgenstunden auf dem Markt und Gemüsemarkt Plünderungen vorgekommen waren, ging der Mob am gestrigen späten Abend im Anschluß an eine Versammlung der Unzufrieden- hängigen zu schweren Ausschreitungen über. Er zog sich das Gefängnis und befreite die Gefangenen, bewachte einen Wärdner. In der Stadt plünderte die Menge eine große Anzahl von Läden und Warenhäuser sowie mehrere Restaurants und Cafés aus. Als Reaktionsmaßnahme sind ein großer Teil des Unglücks schon geschähen. Auf dem Marktplatz sind zahlreiche Läden, vor allem Warenhäuser und Konfektionsgeschäfte geplündert und zerstört worden. Der Schaden ist vorerst noch nicht zu überschauen. Es scheint, daß fremde Ele- mente bei den Ausschreitungen die Führung übernommen haben. Ueber Menschenverluste ist noch nichts bekannt.

Unruhen in Landsberg a. d. Warthe.

WTB. Landsberg a. d. W., 26. Juni. In der letzten Nacht ist es hier zu schweren Unruhen gekommen. Nachdem sich Menschenmassen auf dem Markte angeammelt hatten, kamplächlich Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren, wurde zur Plünderung des Provinzialamtes, angetrieben. Die Menge zog darauf zu dem jenseits der Warthe gelegenen Provinzialamt, entmännete den Posten, schlug die Türen ein und begann, das Provinzialamt zu plündern. Polizei und Feuerweh waren machtlos. Eine Abteilung des 2. Art.-Regts. 54 mußte die Waffen strecken. Das ganze Provinzialamt wurde ausgeplündert. Der Schaden beträgt über eine halbe Million. In den Morgenstunden zog die Menge dann zu dem Bahnhofen, die von der Stadt zur Lebensmittelausgabe und Niederlagen verwendet werden. Auch dort wurde eifrig ge- plündert. Buttervorräte, Schmalz und Fett wurden ge- raubt. Heute vormittag ist die Plünderung des Provinzialamtes noch im vollen Gange. Heftig wird wagenweise weggeführt. Das gesamte Lederzeug ist geraubt. Militärische Hilfe konnte bisher noch nicht herangezogen werden. Die Bäckereien sind heute früh von der Menge gestürmt worden, jedoch Landsberg mit- tags ohne Brot ist. Für die Nachmittagsstunden sind mehr schwere Unruhen zu erwarten.

